

Bereich EUV Stadtbetrieb/UWR
Az:
Datum: 10.03.2004

2004/100
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	01.04.2004	

Betreff
Energiefonds Stadt Castrop-Rauxel
Bezug: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2003
und Beschluss des Rates der Stadt Castrop-Rauxel vom 20.11.2003

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses % =
---	--

Beschlussvorschlag

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Castrop-Rauxel, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2003 im Pkt. 1, 2 und 3 nicht zu folgen.

K r u s e

Sachverhalt

Aufgrund des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2003 (s. Anlage 1 in der Drucksache 2003/314) und gem. Beschluss des Rates vom 20.11.2003 hat sich der Umweltausschuss mit der Ausgestaltung des Energiebeirates, den Regelungen zur Geschäftsordnung, seinen Aufgaben sowie der Abwicklung beschäftigt.

Im Rahmen der Diskussion um die Zukunft der Strom- und Gasversorgung in der Stadt Castrop-Rauxel (s. Drucksache Nr. 143/2000) wurde die Verwaltung in der Ratssitzung vom 13.04.2000 beauftragt, einen Energiebeirat in Castrop-Rauxel einzurichten. Gegenstand der Arbeit des Energiebeirates sollte u.a. eine Intensivierung der Bemühungen zum rationellen, sparsamen und ressourcenschonenden Umgang mit Energie in Castrop-Rauxel sein. Ferner Maßnahmen und die Aufstellung, Fortführung und Umsetzung eines Castrop-Rauxeler Energieversorgungskonzeptes und den daraus resultierenden Detailkonzepten.

Zur finanziellen Unterstützung der Maßnahmen wurden Finanzmittel in einer Größenordnung von 3,625 Mio. € einmalig und jährlich von ca. 0,5 Mio. € bis zum Jahre 2019 zur Einrichtung eines Energiefonds von Seiten der RWE (ehemals VEW) zugesagt.

In der Sitzung des Umweltausschusses am 26.02.2004 (Drucksache 2004/054 – öffentlich) wurde unter Verweis auf die Antragstellung der Bündnis 90/Die Grünen die Thematik inhaltlich ausgiebig unter Hinzuziehung der zur Verfügung gestellten Unterlagen abschließend diskutiert.

Die folgenden Punkte des Antragstellers der Bündnis 90/Die Grünen wurden zur Abstimmung gestellt (s. Anlage 2).